as Gaza-Jericho-Abkommen, das im September 1993 in Washington unterzeichnet wurde, galt trotz der scharfen Ablehnung durch seine Gegner auf beiden Seiten hoffnungsvoll als Wegmarke im nahöstlichen Friedensprozeß. Es hatte den Anschein, als wären beide Verhandlungsparteien, die israelische Regierung und die PLO, weit über ihre Schatten gesprungen, hätten unerschütterliche Positionen aufgegeben und das Risiko einer innenpolitischen Gratwanderung auf sich genommen, um durch das Abkommen den Durchbruch zum Friedensprozeß zu ermöglichen

Doch die Hoffnungen auf den Beginn einer positiven Entwicklung sind inzwischen weitgehend getrübt. Der Aufbau der Verwaltung der Teilautonomie kommt sehr schleppend voran, die Wirtschaft in Gaza ist nach übereinstimmenden Urteilen mit Ausnahme des Bausektors völlig lahmgelegt, eine beachtliche Zahl der Bevölkerung des Autonomiegebietes ist von der "Wanderarbeit" in Israel und damit von der Gunst der israelischen Regierung abhängig. Die PLO und Yassir Arafat verlieren zunehmend an Autorität und die Gewaltfront zwischen israelischer Besat-

zungsmacht und Palästinensern hat sich ein Stück in das innerpalästinensische Lager verschoben. Diese

Entwicklung dem "fundamentalistischen Wahn" der Hamas allein anzulasten, wäre nicht nur unzutreffend, sondern auch ein untaugliches Mittel, daraus friedensgestaltende Schritte abzuleiten. Wichtiger scheint zu sein, die Ergebnisse des Abkommens selbst nüchtern einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Das Abkommen machte den Weg frei für eine palästinensische Teilautonomie in Gaza und Jericho. Demnach ist ein durch die PLO geführter "Palästinensischer Rat" für die Bereiche Erziehung und Kultur, Gesundheit. Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus innerhalb des Autonomiegebietes zuständig. Eine palästinensische Polizei, die inzwischen aufgebaut worden ist, soll die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit garantieren. Auf der anderen Seite behält Israel die Zuständigkeit für die Sicherheit der jüdischen Siedlungen in Gaza und Jericho sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik. Israel behält ferner auch die ökonomische Souveränität über Gaza und Jericho, insbesondere die Zuständigkeit für die Geld- und Kreditpolitik, für die Mehrwertsteuer und für alle Export- und Importgeschäfte.

Der Ausschluß dieser typisch nationalstaatlichen Verantwortungsbereiche aus dem Vertragspaktet hat für Israel prinzipielle Bedeutung, da Israel nach wie vor nicht bereit ist, von seiner bisherigen Position abzurücken und die Gründung eines palästinensischen Staates anzuerkennen. Das Abkommen sichert Israel darüber hinaus auch Sonderrechte im kommunalen Bereich in den be-

setzten Gebieten, insbesondere bei der Nutzung der Gewässer. Um spürbare Veränderungen im ökonomischen und sozialen Bereich und im Alltag insgesamt herbeizuführen, ist die PLO – da sie über die wirtschaftspolitischen Hauptinstrumente nicht verfügt – auf die Gnade Israels angewiesen, während der Verantwortung für die Lösung von alltäglichen Gesellschaftsproblemen. einschließlich der Herstellung der inneren Ordnung, den Palästinensern selbst überlassen bleibt.

Der politische und wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der PLO, um Weichen für den ökonomischen Aufbruch zu stellen, ist demnach äußerst klein; die von der Weltbank, den USA und der EU versprochenen Gelder hatten offenbar nur den Zweck, innerpalästinensische Gegner zu beschwichtigen. Die PLO hat nicht einmal die Möglichkeit, durch den Verweis auf die mittelfristig zu erreichenden Ziele von der gegenwärtigen

## Naher Osten:

## Friedensprozeß in der Klemme

Misere abzulenken. Ziele wie die Gründung eines eigenen Staates, die Regelung des künftigen Status von Jerusalem und das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 bis 1967 sind ja völlig offen, im Grunde genommen auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Feststellung dürfte nicht übertrieben sein, daß die PLO und die Palästinenser in den autonomen Gebieten insgesamt als Folge des Abkommens hauptsächlich Lasten ohne eine positive Perspektive auf sich geladen haben.

Wie sieht aber die Bilanz auf israelischer Seite aus? Für Rabin und seine Regierung ist die innenpolitische Gratwanderung offenbar weitgehend überwunden, die harten Gegner des Abkommens spüren, daß Israel den Palästinensern keine substantiellen Zugeständnisse gemacht hat mit der Ausnahme, daß sie die PLO nicht mehr als Terrororganisation einstuft. Dagegen öffnete das Gaza-Jericho-Abkommen Israel das Tor zu den arabischen Märkten. Mit Jordanien wurde inzwischen ein Separatfrieden geschlossen. In der Jerusalem-Frage und der Verteilung von Wasser wurden durch Zugeständnisse an Jordanien zu Lasten der Palästinenser neue Fakten geschaffen. Auch der Golf-Kooperationsrat, dem sechs ölreiche arabische Staaten angehören, hat den Wirtschaftsboykott gegen Israel aufgehoben. Daß die übrigen arabischen Staaten diesen Schritt tun werden, ist nur noch eine Frage der Zeit. So gesehen hat Israels Regierung all das erreicht, was sie wollte. Inzwischen überlegt sie gar, den Autonomievertrag mit dem Ziel zu revidieren,

den Truppenabzug aus dem Westjordanland hinauszuschieben. Angesichts dieser Verhandlungsergebnisse werden in Palästina Stimmen immer lauter, die der PLO und Yassir Arafat Verrat an nationalen Interessen vorwerfen. Diese Kritik wird nicht nur von den Islamisten der Hamas, sondern zunehmend auch von Palästinensern vorgebracht, die die Verhandlungen mit Israel prinzipiell nicht ablehnen.

Tatsächlich verhandelte die PLO unter erheblich größerem Zeitdruck als die israelische Regierung. Im Prozeß der Radikalisierung und der Erfolge der Islamisten nach der Gründung von Hamas im Jahre 1988 entstand für die PLO neben dem ungelösten Problem eines eigenen Palästinenser-Staates ein weiteres: Um die eigene Existenz nicht aufs Spiel zu setzen, war die PLO gezwungen, durch Verhandlungen mit der Besatzungsmacht die eigene politische Initiative zurückzugewinnen. Der Verdacht liegt demnach nahe, daß die PLO im Verhandlungsprozeß aus Eigeninteresse zu weitgehenden strategischen Zugeständnissen bereit war, während die israelische Regierung, in Kenntnis dieser mißlichen Lage Yassir Arafats, diesem Zugeständnisse

> abgetrotzt hat, die an die Substanz der palästinensischen Interessen gehen. Während die PLO die

Existenz des Staates Israel anerkannte und der Ausweitung von dessen ökonomischen und politischen Handlungsspielräumen zustimmte, anerkannte Israel zwar die Souveränität der PLO; jedoch nicht eine palästinensische Existenzgrundlage, die den Palästinensern die Perspektive für eine eigene Souveränität eröffnet.

Als Ergebnis der Verhandlungen von ungleich souveränen Partnern stecken die PLO und Yassir Arafat in einem mißlichen Dilemma: zum einen fungiert die PLO in den Augen einer einflußreichen Minderheit als Vollzugsorgan der israelischen Regierung: zum anderen wird sie zwischen den ökonomischen. sozialen und politischen Problemen einerseits. Israels Sicherheitsstrategie andererseits aufgerieben.

Das Gaza-Jericho-Abkommen ist für den Beginn eines Prozesses, der zu einem dauerhaften Frieden führen soll, offensichtlich äußerst dünn und brüchig. Würde die israelische Regierung ihre Position der Stärke mit dem Ziel weiterhin voll ausschöpfen, den Israel-Palästina-Konflikt in einen innerpalästinensischen Hamas-PLO-Konflikt zu verwandeln, so könnte sie zwar für sich einen kurzfristigen Sieg über die Opfer israelischer Besatzungspolitik verbuchen, einem bitter notwendigen Friedensprozeß im Nahen Osten jedoch einen schlechten und schwer wieder gutzumachenden Dienst erweisen.

MOHSSEN MASSARAT